



Mediencommuniqué

Sachbearbeiter: Thomas Gehrig

8. Dezember 2010, 16.20 Uhr

Reformierte engagieren sich für Menschen in Not

Die Synode der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn spricht Beiträge für den interreligiösen Dialog, verstärkt die Arbeit für Sanspapiers, springt mit der Rechtsberatungsstelle für Menschen in Not in eine Lücke und engagiert sich im Friedensprozess zwischen Israel und Palästina. Innerkirchlich wird mit der Bezirksreform in erster Lesung eine Strukturreform vollzogen. Der Voranschlag 2011 rechnet mit einem Ertragsüberschuss.

Fast einstimmig und nach vielen unterstützenden Voten erhöht die Synode den jährlichen Beitrag an die Inhaltsarbeit im **Haus der Religionen** um die Hälfte auf 60'000 Franken. Die "wahre Schatzkiste" für die interreligiöse Arbeit wird mindestens bis 2014 unterstützt. An den Ausbau des christlichen Raumes wird zudem ein einmaliger Investitionsbeitrag von 52'260 Franken geleistet. Den Hauptanteil von 100'000 Franken trägt die Herrnhuter Brüdergemeine. Die Synode nimmt zur Kenntnis, dass die vielfältigen Angebote im ganzen Kanton zur Verfügung stehen, insbesondere für kirchlichen Unterricht.

Die **Sanspapiers-Problematik** wird von der Synode als diakonische Aufgabe der Gesellschaft und nicht allein der Kirchen wahrgenommen. Die seit 2007 bestehende Unterstützung der Berner Beratungsstelle wird für drei Jahre verlängert und auf 30'000 Franken erhöht.

Die bis Ende 2010 als Anstossfinanzierung vorgesehene Unterstützung der **Berner Rechtsberatungsstelle für Menschen in Not** wird mit jährlich 40'000 Franken um drei Jahre verlängert. Weil es nicht gelungen ist, einen Leistungsvertrag mit dem Kanton abzuschliessen und weil der Grossrat auf die Schaffung einer kantonalen Ombudsstelle verzichtet hat, entscheidet sich die Synode ohne Gegenstimme dafür, die bestehende Lücke im Rechtssystem für Menschen mit gesichertem Rechtsstatus auszufüllen.

Mit einer Beitragserhöhung um 10'000 auf 25'000 Franken setzen die Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn die **Friedensförderungsunterstützung** für das ökumenische Begleitprogramm in Palästina und Israel drei weitere Jahre fort. Die Beobachtermission wird von Peace Watch Switzerland durchgeführt und von Heks verantwortet.

Entscheid für zwei Emmentaler Kirchenbezirke

Mit der kirchlichen Bezirksreform sollen die Bezirke im übergemeindlichen Zusammenspiel aufgewertet und möglichst eng entlang der kantonalen Bezirksreform reorganisiert werden. Die Synode folgt in erster Lesung weitgehend dem Synodalrat, nimmt aber auf Antrag aus dem Oberemmental eine strukturelle Trennung in zwei Bezirke Oberemmental und Unteremmental (heute Burgdorf-Fraubrunnen) vor. Der Synodalrat wehrte sich vergebens gegen diese "Lex Emmental".

Grundsätzlich angestrebt werden in der Bezirksreform eine flexible Aufgabenzuweisung und schlanke Strukturen. Die Synode nimmt zur Kenntnis, dass die Vernehmlassung deutliche Verbesserungen ergeben hat.

Auf den Antrag, auf die neue Möglichkeit von Präsidienkonferenzen zu verzichten, tritt die Synode mehrheitlich nicht ein; die Rahmenbedingungen sehen die Wahlfreiheit vor zwischen einer Präsidienkonferenz und einer Bezirkssynode.

Die Bezirksreform wird in erster Lesung mit 148 Ja-Stimmen fast einstimmig angenommen. Die Umsetzung ist nach zweiter Lesung im Mai 2011 per 2012 vorgesehen.

Voranschlag 2011 und Finanzplan als finanzielle Leitplanken

Die Bemühungen des Synodalrates, die Finanzen kurz- und mittelfristig zu kontrollieren, werden von der Synode einhellig gewürdigt. Der Voranschlag 2011 schliesst bei gleich bleibenden Abgabesätzen mit einem Ertragsüberschuss von 420'200 Franken. Aufgrund der positiven Budgetierung profitieren die Kirchgemeinden erneut von einem Rabatt auf den Abgabesätzen. Grundsätzlich unangetastet bleibt der Stellenplafond, aber die Synode gesteht der Exekutive für 2011 eine zeitlich limitierte Reserve von 200 Stellenpunkten zu.

In die Finanzplanung spielen externe und interne Faktoren hinein, so die Schätzung der Teuerung und Wirtschaftsentwicklung, aber auch Grossprojekte wie der Systemwechsel bei der Pensionskasse, die Gwatt-Altlastensanierung oder die Abschreibungen für das Haus der Kirche. Die letzte kantonale Steuergesetzrevision wirkt sich in den Kirchgemeinden aktuell und auf Stufe Landeskirche zeitverzögert ab 2013 aus. Insgesamt wird mit einer Ertragsreduktion um 600'000 Franken gerechnet. Der Handlungsspielraum für Refbejuso dürfte sich ab 2013/14 voraussichtlich auf die Hälfte verringern. Ohne neuerliche Rezession sollten sich Defizite weiterhin vermeiden lassen.

Engagierte Debatten um persönliche Vorstösse

Fast neunzig Minuten lang wird über eine Motion diskutiert, welche aus positiven Rechnungsabschlüssen jeweils zehn Prozent an Brot für alle überweisen wollte. Mit dem Argument, dass allfällige Überschüsse letztlich den Kirchgemeinden zurückzugeben wären, scheitert der Vorstoss mit 62 zu 110 Stimmen. Die Verpflichtung der Kirche, sich gegen Armut und Hunger zu engagieren, bleibt als Grundlage unbestritten.

Der Synodalrat beantwortet zudem verschiedene Interpellationen zur Zufriedenheit der Fragesteller.

In Kürze

Die Synode verabschiedet Synodalrat Gottfried Locher, der per 1. Januar 2011 als vollamtlicher Ratspräsident zum Schweiz. Evangelischen Kirchenbund SEK wechselt.

Um dem drohenden Pfarrmangel zu begegnen, wird die interkantonale Werbung für das Theologiestudium trotz teilweise kritischer Voten wie geplant weitergeführt.

Die ökumenische Fachstelle Kirche und Umwelt erhält jährlich zusätzlich 10'000 Franken für Energieberatungs-Förderbeiträge an Kirchgemeinden.

Der sms-Adventskalender-Service für Jugendliche und junge Erwachsene (www.smas.ch) wird bis 2013 verlängert.